

Pressemitteilung

Köln, 8. Mai 2017

**Wegen Abgasskandal keine Entlastung für Volkswagen-Manager
Kritische Aktionäre verlangen Transparenz statt Lobbyismus
VW muss in US-Werk endlich Gewerkschaft anerkennen**

Köln/Berlin/Hannover. Der Dachverband der Kritischen Aktionäre wird Vorstand und Aufsichtsrat der Volkswagen AG bei der Hauptversammlung am 10. Mai in Hannover die Entlastung verweigern. Gründe sind der aktuelle Umgang mit dem längst nicht ausgestandenen Abgasskandal und den daraus resultierenden Folgen für Kunden und Bevölkerung und die trotz vieler Ankündigungen noch immer nicht ausreichende Neuausrichtung des Konzerns. Der Weg zu alternativen Antrieben muss verstärkt gegangen werden, um so die Zukunftsfähigkeit des Konzerns zu gewährleisten.

„Der Abgasskandal ist noch lange nicht ausgestanden, denn jeden Tag kommen von VW Hunderte fabrikneue Euro-6-Diesel auf unsere Straßen, die ihre gesetzlichen Stickoxidgrenzwerte nur im Labor einhalten“, sagt Dachverbandssprecher und BUND-Verkehrsexperte Jens Hilgenberg. „Im Realbetrieb auf der Straße stoßen diese Fahrzeuge deutlich mehr des giftigen Gases aus. VW muss gewährleisten, dass alle fabrikneuen Fahrzeuge des Konzerns zumindest den Anforderungen für ab Herbst 2017 neu auf den Markt kommende Modelle entsprechen. Andernfalls macht sich der Konzern weiterhin mitschuldig an den hohen Stickoxid-Belastungen in den Städten und Kommunen.“

Zudem muss VW gewährleisten, dass auch alle bereits verkauften Fahrzeugen so nachgebessert oder nachgerüstet werden, dass sie ihre Schadstoffgrenzwerte auch auf der Straße einhalten. Und zwar unabhängig davon, ob sie Teil des offiziellen Rückrufes oder der „freiwilligen Serviceaktion“ sind oder nicht. Hilgenberg: „Alle Kunden haben ein Recht darauf, dass ihr Fahrzeug nicht nur im Labor die Grenzwerte einhält. Wenn VW eine wirksame Nachrüstung aller Euro-5 und Nachbesserung aller Euro-6-Fahrzeuge nicht gewährleisten kann, muss der Konzern wie in den USA die Fahrzeuge zurückkaufen.“

In Sachen Zukunftsfähigkeit bleibt VW trotz weitreichender Ankündigungen noch immer hinter den Erwartungen zurück. Investitionsankündigungen von 6 Milliarden Euro stehen Pläne zur Optimierung des Dieselantriebs von rund 10 Milliarden gegenüber. Die von VW geplante Imagekampagne 'Pro Diesel' unterstreicht, dass VW nach wie vor Teil des Problems und nicht der Lösung ist.

"Volkswagen kündigt zwar eine interne Trendwende weg vom Verbrennungsmotor an, geht den Weg aber nicht konsequent genug und verhält sich auf den Feldern Klima- und Umweltschutz, Gesundheit und gesellschaftliche Verantwortung unglaublich", kritisiert Dachverbands-Geschäftsführer Markus Dufner. Ambitionierte rechtliche Vorgaben sind nicht schädlich für die

Zukunftsfähigkeit des Autobauers, sondern geben Planungs- und Investitionssicherheit. "Der Konzern darf durch seinen Lobbyismus in Berlin und Brüssel CO₂-Grenzwerte für Pkw und Lkw sowie neue transparente Messverfahren zur Ermittlung offizieller Verbrauchswerte nicht weiter konterkarieren. Transparenz statt Lobbyismus hinter verschlossenen Türen muss zur Firmenphilosophie werden", verlangt Dufner.

Der Dachverband unterstützt auch den Gegenantrag der US-amerikanischen Gewerkschaft der Autoarbeiter (United Auto Workers). VW versucht, in seinem einzigen Werk in den USA in Chattanooga/Tennessee eine gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten zu verhindern. Der Mehrheit der Beschäftigten aus der Instandhaltung hatte 2015 für eine Vertretung durch die UAW gestimmt. Der Standort ist der einzige weltweit im Volkswagen-Konzern ohne Arbeitnehmervertretung.

Kontakt und Interviews:

- Jens Hilgenberg, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Mobil-Tel. 0151 – 56 31 33 02
- Markus Dufner, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Tel. 0221 / 599 56 47, Mobil-Tel. 0173 – 713 52 37, dachverband@kritischeaktionaere.de

Gegenantrag: www.kritischeaktionaere.de